



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

STAAT UND ZIVILGESELLSCHAFT

■ ANALYSE	
Staat und Zivilgesellschaft: Revision der Spielregeln in einer Situation der Ungewissheit Andrei Kazakevich (Institut für politische Studien »Politische Sphäre«, Vilnius/Minsk)	2
■ RANKING	
Nachhaltigkeitsindex der Zivilgesellschaft (CSO Sustainability Index), USAID, 2017	7
■ STATISTIK	
NGOs und GONGOs in Belarus	8
■ UMFRAGE	
Bevölkerung und NGOs in Belarus (im Vergleich mit der Ukraine und Moldau)	9
■ CHRONIK	
24. September – 30. November 2018	13

Staat und Zivilgesellschaft: Revision der Spielregeln in einer Situation der Ungewissheit

Andrei Kazakevich (Institut für politische Studien »Politische Sphäre«, Vilnius/Minsk)

Zusammenfassung

Die in den letzten Jahren erfolgte Normalisierung der belarussischen Beziehungen zur Europäischen Union und den USA, die geopolitische Instabilität in der Region sowie die erhebliche Verschlechterung der Wirtschaftslage in Belarus haben dazu geführt, dass der Staat sein Verhältnis zu den Strukturen der Zivilgesellschaft revidiert hat. Im Großen und Ganzen wird der Staat allmählich »freundschaftlicher« gegenüber dem NGO-Sektor und nutzt dabei dessen Potenzial zur Lösung sozialer und finanzieller Probleme; gleichzeitig baut er die Zusammenarbeit mit dem Westen aus und stärkt zudem die nationale Identität der belarussischen Gesellschaft.

Trotz allem ist jedoch kein Wandel des bestehenden politischen Systems vorgesehen – dessen Stabilität zu gewährleisten, hat für die Regierung weiterhin unbedingten Vorrang. Andererseits sind auch in der Zivilgesellschaft in den letzten Jahren eindeutig neue Tendenzen auszumachen. In diesem Beitrag wird beschrieben, auf welche Weise in Belarus heute eine »Revision« des Verhältnisses zwischen Staat und Zivilgesellschaft erfolgt und welche die wichtigsten Tendenzen sind, die in diesem Prozess erkennbar werden.

Ausgangspunkte für das neue Verhältnis

Die letzten fünf Jahre sind für den belarussischen Staat schwierig gewesen. Das Land hat eine Finanzkrise und eine anhaltende Rezession durchgemacht. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum betrug von 2013 bis 2017 durchschnittlich – 0,24 Prozent, und erst 2017 wurde nach offiziellen Angaben wieder ein Anstieg des BIP verzeichnet. Das alles führt beharrlich zu einem Zerfall des belarussischen Modells garantierter sozialer Stabilität und zu wachsenden sozialen Spannungen, die beispielsweise in den Sozialprotesten vom Februar und März 2017 ihren offenen Ausdruck fanden.

Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten kommt die geopolitische Instabilität in der Region. Die Konfrontation zwischen Russland und dem Westen aufgrund des militärischen Konflikts in der Ukraine seit 2014 führt zu einem erhöhten militärischen Risiko sowie zu anderen Sicherheitsrisiken. 2014 unternahm Belarus eine Reihe von Schritten, die im Konflikt Russlands mit der Ukraine und dem Westen Neutralität herstellen sollten. Das ermöglichte den Beginn eines Normalisierungsprozesses in den Beziehungen zu den EU-Staaten und den USA. Dadurch ist Belarus praktisch aus der außenpolitischen Isolation herausgetreten, die (mit einer kurzen Unterbrechung von 2008 bis 2010) seit 1996 angehalten hatte, auch wenn die neuen Beziehungen kaum als vollkommen positiv und vertrauensvoll bezeichnet werden können. Gleichzeitig werden die Beziehungen zu Russland von periodischen Konfrontationen in der Außenpolitik begleitet, etwa in der Frage der Errichtung von russischen Militärbasen in Belarus und der Preise für Energieträger.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Zunahme der geopolitischen Ungewissheit haben zu einer Revision des Verhältnisses zwischen Staat und

Zivilgesellschaft geführt. Der Staat hat versucht, dem NGO-Sektor »freundschaftlicher« entgegenzutreten, während der NGO-Sektor sich von der Politik fernhielt und seine Aufmerksamkeit auf punktuelle und allmähliche Veränderungen konzentrierte. Angesichts des allgemeinen Finanzierungsschwunds und der Aufmerksamkeit für Belarus auf der internationalen Ebene waren es die genannten Prozesse, die die Haupttendenzen in der Entwicklung des NGO-Sektor bestimmten.

Folgt man einschlägigen Untersuchungen, stellt sich die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Belarus insgesamt positiv dar. So haben sich in den jährlichen Berichten »Nations in Transit« von »Freedom House« die Werte zur Entwicklung der Zivilgesellschaft in den letzten drei Jahren leicht verbessert: von 6,5 Punkten 2015 auf 6,25 Punkte 2018 (auf einer Siebenpunkteskala, bei der ein niedriger Wert bessere Entwicklungsbedingungen für NGOs bedeutet). Allerdings wird die Lage im Vergleich zu den Jahren 2009–2010 als schlechter bewertet – damals hatte der Wert bei 6 Punkten gelegen.

Ein genauerer Index zur nachhaltigen Entwicklung, der »CSO Sustainability Index«, der von USAID in Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft erstellt wird, zeichnet ein noch positiveres Bild. Der Wert für Belarus ist hier von 6 Punkten 2008 auf 5,5 Punkte 2017 gesunken (ein niedriger Wert bedeutet eine stärkere Nachhaltigkeit der NGOs). Den USAID-Studien der Jahre 2015–2017 zufolge bestanden die größten Hindernisse für die Zivilgesellschaft in den rechtlichen Rahmenbedingungen und der Frage der finanziellen Nachhaltigkeit. Hier wurden nicht nur die äußeren Bedingungen für die Entwicklung gesellschaftlicher Organisationen bewertet, sondern auch die interne Verfassung des Sektors, durch die die Effektivität der Arbeit erhöht wird – oder aber verringert.

Somit sind von 2014 bis 2018 gewisse Veränderungen in der Entwicklung des NGO-Sektors erfolgt, wie auch in der Zusammenarbeit der NGOs mit dem Staat. Die wichtigsten Tendenzen dieser Entwicklung werden im Folgenden beschrieben.

1. Verringerung des unmittelbaren Drucks auf den NGO-Sektor. 2015–2016 haben Bürgerrechtsorganisationen und Beobachter einen allgemeinen Rückgang der Repressionen gegen Strukturen der Zivilgesellschaft festgestellt, insbesondere von jenen durch die »Machtministerien«, Festnahmen, Hausdurchsuchungen, Straf- und verwaltungsrechtliche Verfahren usw. Stattdessen werden jetzt häufig Geldstrafen und andere Fiskalsanktionen verhängt. Nach Angaben des Menschenrechtszentrums »Wjasna« hat es 108 Verhaftungen im Jahr 2014 gegeben, 15 im Jahr 2015 und nur drei im Jahr 2016. Die Anzahl der verhängten Geldstrafen hat sich von 81 im Jahr 2014 auf 109 im Jahr 2015 und 509 im Jahr 2016 erhöht.

Die Reduzierung des Drucks auf den NGO-Sektor galt allerdings nicht für zugespitzte Situationen, in denen die Regierung um die Aufrechterhaltung der politischen Stabilität fürchtete. Das ist auch der Grund, warum sich die Werte 2017 erheblich veränderten – aufgrund der Reaktion der Regierung auf die damalige Welle von Sozialprotesten. Anlass für die Proteste war das Bestreben der Regierung, die sogenannte Steuer für Sozialschmarotzer einzutreiben. Im Februar und März 2017 fanden daraufhin in verschiedenen belarussischen Städten Massenaktionen statt, auf die die Regierung mit harschen Maßnahmen reagierte, die sich unter anderem gegen Vertreter der Zivilgesellschaft richteten. Es wurden über 900 Teilnehmer und Beobachter der Aktionen festgenommen, wobei über 250 Personen mit Administrativarrest bestraft wurden. Darüber hinaus wurden gegen einige Dutzend Personen Strafverfahren eingeleitet. Im Unterschied zu ähnlichen Polizeimaßnahmen nach den Präsidentschaftswahlen 2006 und 2010, erfolgte jedoch nach einigen Monaten eine Deeskalation und die Rückkehr zu einer Praxis begrenzter und zielgenauer Druckausübung. Charakteristische Beispiele dieses Drucks in den Jahren 2017 und 2018 sind die Strafverfahren gegen Aktivisten der unabhängigen Gewerkschaft REP (das Verfahren wurde im August 2017 eingeleitet) und das »BelTA-Verfahren«, das gegen eine Reihe unabhängiger Journalisten angestrengt wurde (August 2018).

2. Abbau informeller Beschränkungen. In Belarus besteht eine Vielzahl formaler und informeller Beschränkungen für die Arbeit von NGOs. Das gilt insbesondere für die Registrierung gesellschaftlicher Organisationen, den Erhalt einer Finanzierung aus dem Ausland und die Betätigung in bestimmten (vor allem regierungskritischen) Bereichen. In den letzten Jahren

hat ein gewisser Abbau dieser Beschränkungen stattgefunden. Die Regierung hat die Registrierung einer Reihe prominenter Organisationen genehmigt; unter anderem hat im Mai 2017 die Bewegung »Howory praudu« (dt.: »Sag die Wahrheit«; russ.: »Gowori prawdu«) eine Registrierung erhalten, deren Vertreterin Tazjana Karatkewitsch 2015 für das Präsidentenamt kandidiert hatte. Ebenso wurde insbesondere auf lokaler Ebene die Kontrolle über die Tätigkeit nichtregistrierter Organisationen und Initiativen gelockert, deren Anzahl stark gestiegen ist. Ungeachtet der Tatsache, dass die Betätigung für eine nichtregistrierte Organisation weiterhin straf- und verwaltungsrechtliche Folgen nach sich ziehen kann, wird dies in Bezug auf die Aktivisten der verschiedenen Organisationskomitees und Initiativen schon eine geraume Zeit nicht mehr eingesetzt.

In einzelnen Bereichen sind die Beschränkungen für NGOs aufgehoben worden. Insbesondere nach 2014 ist in beträchtlichem Maße eine Entpolitisierung der belarussischen Kultur erfolgt, deren Anfänge in das Jahr 2008 zurückreichen. Dieser Prozess wird informell als »weiche Belarussisierung« bezeichnet. Seit dem Machtantritt von Präsident Lukaschanka im Jahr 1994, der unter anderem auf eine enge kulturelle und politische Bindung zu Russland ausgerichtet war, wurde die belarussische Kultur und Identität als Zeichen von Opposition und als Gefahr für die politische Stabilität betrachtet. Dementsprechend wurden Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind, als »politisch« eingestuft und hatten unter Repressalien und Beschränkungen zu leiden. Seit der zweiten Hälfte der 2000er Jahre begann die Verbindung zwischen belarussischer Kultur und politischer Oppositionalität schwächer zu werden, und der Staat zog das Belarussische aktiver in seine politische Bahn. Am deutlichsten zeigte sich das nach der Ukraine-Krise 2014, als der belarussischen Regierung bewusst wurde, dass eine Schwächung des russischen Einflusses in Kultur und Medien notwendig sei. Derzeit bestehen erheblich erweiterte Möglichkeiten für NGOs, sich in den Bereichen Kultur und Identitätspolitik zu betätigen: Es ist nun möglich, relativ frei Räumlichkeiten anzumieten, Kinos zu nutzen sowie Ausstellungen und Festivals zu veranstalten. Ebenso können ihre Veranstaltungen in nichtstaatlichen und – in seltenen Fällen – auch in staatlichen Medien beworben werden. Ein bezeichnendes Beispiel hierfür ist die Kampagne »Budsma belarusami!« (dt.: »Lass uns Belarussen sein!«). Ebenso wurden einige Beschränkungen für Konzerte aufgehoben, unter anderem für »politisierte« Gruppen wie »Brutto«/ »Ljapis Trubezkoj«.

3. Ausweitung der Zusammenarbeit und der Berührungspunkte. In den letzten Jahren hat es viele Beispiele für eine erweiterte Zusammenarbeit zwischen Zivilge-

sellschaft und dem Staat gegeben. Vertreter der Bürokratie nahmen nun an von NGOs organisierten Konferenzen und Seminaren teil und traten dort auf. Viele Beispiele, bei denen Staat und Zivilgesellschaft zusammenarbeiteten, wurden in den Medien zu einem großen Ereignis und sorgten in der Gesellschaft für erhebliches Aufsehen. Charakteristische Beispiele waren die Auftritte von Präsident Lukaschenka auf dem internationalen Forum »Minsker Dialog«, das von der gleichnamigen Initiative im Mai 2018 veranstaltet wurde, und von Ministerpräsident Kabjakou auf dem Forum »Erweiterte Horizonte«, das im September 2016 unter Beteiligung des »Instituts für strategische Studien« abgehalten wurde. Es bleiben aber auch Schwierigkeiten. So erhielt der jährliche »Internationale Kongress der Forscher von Belarus«, der erstmals in Minsk stattfinden sollte, entgegen den ursprünglichen Abmachungen keine endgültige Genehmigung und wurde auf 2019 verschoben.

Die staatlichen Behörden zeigen sich jetzt offener für eine Beteiligung an Projekten mit Nichtregierungsorganisationen und mit finanzieller Unterstützung durch europäische und US-amerikanische Organisationen und Stiftungen, darunter auch politischer Stiftungen. Am bezeichnendsten ist hier die Zusammenarbeit der Nationalen Akademie der Wissenschaften von Belarus mit der deutschen »Konrad-Adenauer-Stiftung« bei der Veranstaltung einer Reihe internationaler Konferenzen.

Die Regierung betrachtet die Nichtregierungsorganisationen jetzt immer weniger als Quelle politischer Risiken und eher als Anbieter wichtiger sozialer Dienstleistungen sowie als zusätzliche Finanzierungsquellen. Unter anderem erfolgte 2016 ein Entwicklungsschub im System der staatlichen Sozialaufträge. Diese werden über Verträge der Behörden mit Nichtregierungsorganisationen zur Alten- und Behindertenpflege umgesetzt.

Vertreter der Zivilgesellschaft und des Staates begehen sich immer häufiger auf der außenpolitischen Bühne, auf internationalen Konferenzen, auf Sitzungen internationaler und europäischer Gremien (ein charakteristisches Beispiel ist die Parlamentarische Versammlung der OSZE, die im Juli 2017 in Minsk stattfand) sowie im Rahmen anderer internationaler Formate. 2016 wurde die Koordinationsgruppe EU-Belarus eingerichtet, zu der nicht nur Beamte der beiden Seiten gehören, sondern auch Vertreter der Zivilgesellschaft in Belarus.

4. Die Staatsmacht und das Erscheinungsbild des NGO-Sektors. Auf der offiziellen Ebene hat sich die Auffassung über die Zivilgesellschaft in Belarus nicht wesentlich geändert. In seinen Stellungnahmen in den Jahren 2016 bis 2018 hat der belarussische Präsident weiterhin unterstrichen, dass die Zivilgesellschaft – bzw. in einer anderen Version: die »konstruktive Zivilgesellschaft« – seiner Ansicht nach aus den großen, vom Staat organi-

sierten NGOs (GONGOS) besteht, aus dem »Belarussischen Republiks-Jugendverband«, dem »Frauenverband«, den Berufsorganisationen, den Veteranenverbänden usw. Auf gleiche Weise wird Zivilgesellschaft in der Regel in offiziellen Dokumenten und Lehrmaterialien definiert.

Gleichwohl zeigt eine 2018 durchgeführte Studie des Instituts »Palitytschnaja sfera« (»Politische Sphäre«), dass die Erwähnung von Strukturen der Zivilgesellschaft in offiziellen Statements und in Interviews mit Vertretern des Regimes häufiger geworden ist, wobei die Erwähnung in einem negativen Kontext zurückging. Ebenfalls zurückgegangen ist die Anzahl negativer Berichte in den staatlichen Medien. Insgesamt dominiert eine bürokratische und neutrale Haltung zu NGOs, doch erscheinen auch positive Beiträge über einzelne soziale Aktionen und öffentliche Veranstaltungen. In einigen Fällen wird sogar anerkannt, dass ein Dialog mit der Zivilgesellschaft wichtig sei. Unter anderem wurde diese Ansicht in einem Interview geäußert, das Außenminister Uladsimir Makej im März 2018 dem Fernsehsender »Euronews« gab.

Trotz einer gewissen Verbesserung in der Haltung zur Zivilgesellschaft, die auf der öffentlichen Ebene zu beobachten sind, zeigen die Interviews, die der Autor mit Vertretern der staatlichen Bürokratie führen konnte, dass immer noch eine deutliche Trennung zwischen staatlichen und nichtstaatlichen gesellschaftlichen Organisationen besteht. Die volle Bandbreite der Stereotype hat ebenfalls ihre Bedeutung bewahrt: von den neutralen (»sie haben das Recht zu existieren und zu arbeiten«) bis hin zu den rundum negativen, die sich etwa in der Beschreibung von NGOs als »oppositionell«, »nichtstaatlich« (mit negativen Konnotationen und betonter Distanzierung) und »nationalistisch« zeigt.

Bezeichnend ist, dass Vertreter staatlicher Strukturen die Interessen des Staates von denen der NGOs recht scharf abgrenzen. Für sie befinden sich der NGO-Sektor und die Behörden hinsichtlich der Interessen des Staates auf verschiedenen Seiten, und für sie ist es so, dass der Staat im Umgang mit den NGOs die Interessen des Staates verteidigt. Für den staatlichen Sektor bleiben NGOs vor allem eine Quelle von Beschwerden, vielzähligen Appellen und Kritik, woraus sich auch dieses negative Bild der NGOs ergibt.

Zudem verstehen Vertreter staatlicher Strukturen nach wie vor nur schwach das Wesen von Nichtregierungsorganisationen, die Bedingungen und Prinzipien ihrer Arbeit sowie ihr Potential bei der Bewältigung sozialer und wirtschaftlicher Probleme und dem Erreichen gemeinsamer Ziele.

5. Verringerter internationaler Einfluss der NGOs und Beschränkungen für die Regierung. Die Verbesserung der Beziehungen zur EU und den USA hatte

einige wichtige Folgen für die Arbeit von NGOs. Der Umstand, dass die politische Isolation durchbrochen werden konnte, führte dazu, dass die Position der Regierung einen stärkeren Einfluss auf die internationale öffentliche Meinung hat. Gegenwärtig sind Vertreter des belarussischen Staates in der Regel anwesend, wenn in europäischen oder internationalen Strukturen und auf der Ebene einzelner Staaten die Lage in Belarus erörtert wird. Zuvor waren zu solchen Erörterungen oft nur Vertreter der Opposition und von NGOs eingeladen worden. Derzeit führen auch die Regierungsstellen regelmäßige Konsultationen mit den Botschaften der EU-Länder durch, um aktuelle oder akute Fragen zu erörtern. Früher waren solche Kontakte begrenzt und eher die Rolle von Vertretern der Opposition und von NGOs zentral gewesen. Offizielle Vertreter von Mitgliedsstaaten der EU und der USA treffen sich während ihrer offiziellen Visiten nun seltener mit Vertretern der Zivilgesellschaft.

Darüber hinaus hat die Regierung ihre Arbeit mit Expertenkreisen intensiviert, indem sie sich an bestimmten gesellschaftlichen Initiativen beteiligt, beispielsweise am »Minsker Dialog« und dem »Kastytschnizki Ekamitschny Forum« (»Oktober-Wirtschaftsforum«). Das erweitert noch stärker die Möglichkeiten der Regierung, ihre Position auszugestalten und zu verbreiten, wobei es allerdings auch den Vertretern der Zivilgesellschaft eine Möglichkeit bietet, ihr Position einem breiten Publikum gegenüber zu vertreten.

Gleichzeitig bedeutet die Normalisierung in den Beziehungen zum Westen und die gestärkte Bedeutung des offiziellen Minsk auf internationaler Ebene, dass für die belarussische Regierung gewisse Beschränkungen hinsichtlich des Einsatzes repressiver Maßnahmen im Innern entstehen. Falls sie dennoch eingesetzt werden, ist Minsk um eine schnelle Deeskalation bemüht, wie dies nach den Repressionen gegen Teilnehmer der Proteste vom Februar und März 2017 geschah.

6. Entpolitisierung und soziale Projekte. Es ist endgültig eine Entpolitisierung gesellschaftlicher Vereinigungen erfolgt. Dieser Prozess hatte im Jahr 2008 eingesetzt (als die erste »Liberalisierung« begann) und sich besonders markant nach 2014 gezeigt, im Kontext eines erneuten Versuches, die Beziehungen zum Westen zu normalisieren. Im Unterschied zu den 1990er und 2000er Jahren, als gesellschaftliche Organisationen zutiefst mit politischen Koalitionen und Kampagnen verbunden waren, ist ihr Engagement in der Politik derzeit minimal. Gesellschaftliche Organisationen sind bei den Präsidentschaftswahlen 2015, den Parlamentswahlen 2016 und den Kommunalwahlen praktisch nicht involviert gewesen. Dass Alena Anisim (»Gesellschaft der belarussischen Sprache«) 2016 ein Mandat im Repräsentantenhaus erhielt, war eher eine Ausnahme von der Regel.

Für diese Entpolitisierung gibt es eine Vielzahl von Gründen. Vor allem aber war sie eine notwendige Voraussetzung, um mit den Behörden einen Dialog aufzunehmen und die Zusammenarbeit auszubauen; für die Regierung hatte stets die Kontrolle und die Aufrechterhaltung des politischen Monopols Priorität. Von großer Bedeutung war auch die Haltung der Regierungen der EU, der USA und der Geberorganisationen, die ihre Strategie von *Regime Change* zu *Critical Engagement* änderten.

Wenn Organisationen der Zivilgesellschaft früher, besonders vor 2010 noch als Ziel die Beförderung einschneidender politischer Veränderungen und Reformen formulierten, so dominiert derzeit eine Strategie der »kleinen« Veränderungen, da der Akzent auf lokale Probleme und punktuellen Wandel gelegt wird.

Die verringerte Ausrichtung auf Politik wird von einem gewachsenen Interesse an sozialen Projekten begleitet, an charitativer Betätigung, schwachen Bevölkerungsgruppen, Menschen mit Behinderungen und der Entwicklung städtischer Infrastruktur. Projekte in Verbindung mit sozialem Unternehmertum und Genderfragen sind nun stärker verbreitet. Auch Menschenrechtsorganisationen widmen nun sozialen und wirtschaftlichen Problemen immer mehr Aufmerksamkeit. Die Organisationen sind zunehmend stärker auf alltägliche soziale Bedürfnisse ausgerichtet, auf die auch die internationalen Organisationen den Akzent setzen.

7. Herausforderungen durch Diversifizierung der Finanzierung und Crowdfunding. In den Jahren 2015–2016 erfolgte auf der internationalen Bühne ein allgemeiner Rückgang des Interesses an Belarus. Der Grund waren die fehlenden Aussichten auf politische Veränderungen, und dass sich die Aufmerksamkeit nun auf die Ukraine und auf andere Staaten richtete, die ein Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet haben. Vor diesem Hintergrund erfolgte ein Rückgang der finanziellen Förderung für zivilgesellschaftliche Organisationen durch internationale Zuwendungsgeber. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Landes brachte es zudem mit sich, dass sich die Möglichkeiten zur Finanzierung aus dem Inland verringerten: Finanzielle Stabilität bleibt eines der Hauptprobleme bei der Entwicklung der Zivilgesellschaft in Belarus. Das alles macht das Problem der Diversifizierung der Finanzierungsquellen akut.

Die Entwicklung des Crowdfundings war eine der Antworten auf das Problem der finanziellen Nachhaltigkeit. Für geraume Zeit war die Entwicklung des Crowdfundings durch die geringe Popularität elektronischer Zahlungsarten, die fehlende Kultur gesellschaftlicher Hilfe und das schwache Marketing in diesem Bereich gehemmt worden. Ab 2015 erfolgte der Start einiger

Plattformen dieser Art («Talaka», «Ulej», «Imena...»). Mit Blick auf die letzten drei Jahren können wir von einer stürmischen Entwicklung des Crowdfunding sprechen; die Aufmerksamkeit dafür in den Medien ist groß. Den Angaben für 2016 zufolge haben unterschiedliche Plattformen rund 700 000 US-Dollar gesammelt, was für Belarus einen beachtlicher Wert darstellt.

Zu erwähnen ist auch, dass der Betrieb dieser Plattformen eng mit Werbung und Medien verbunden ist, weswegen der Grund für die große Aufmerksamkeit auch in periodischen Informationskampagnen zu sehen ist. Auch wenn die Erfolge offensichtlich sind, bleibt der Umstand, dass die gesammelten Gelder in der Regel eher zur Lösung konkreter und lokaler Aufgaben eingesetzt werden und nur selten zur Deckung von Organisationskosten der NGOs verwendet werden können. Der Anteil des Crowfundings an den Gesamteinnahmen im NGO-Sektor ist nur schwer abzuschätzen, dürfte aber kaum mehr als ein paar Prozent betragen. Somit hat das Crowdfunding bei den allermeisten Nichtregierungsorganisationen wohl nur einen unwesentlichen Einfluss auf deren finanzielle Nachhaltigkeit. Derzeit wird Crowdfunding vor allem zur Einwerbung von Mitteln für Begleitprojekte verwendet, und nicht für die Haupttätigkeit der NGOs.

Schlussfolgerungen und Ausblick für die nächsten Jahre

Seit einigen Jahren erfolgt in Belarus ein Wandel im Modell der Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Staat. Dieser Prozess ist nicht stabil und umfasst eher punktuelle und lokale Veränderungen, stellt aber gleichwohl eine gewisse Verbesserung der Arbeitsbedingungen von NGOs dar. Es gibt einen allmählichen Übergang von einer Praxis aus systematischem Druck und Ausgrenzung durch den Staat hin zu Einbindung und Zusammenarbeit. Daher bleiben im politischen und gesellschaftlichen Bereich wesentliche institutionelle Reformen aus. Sämtliche Veränderungen könnten umgehend wieder rückgängig gemacht werden, und sie waren auch nur dann erfolgt, wenn sie die Aufrechterhaltung sozialer Stabilität und des politischen Status quo nicht gefährdeten.

Aus dem oben Dargelegten wird deutlich, dass die Veränderungen recht ambivalent sind. Einerseits gibt es viele positive Seiten wie die Verbesserung des politischen Klimas und der Arbeitsbedingungen für NGOs, eine Milderung der politischen Differenzen und den Beginn eines Dialogs, eine verringerte Distanz und die

Bewegung hin zu einem nationalen Konsens in Fragen der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit, der Identitätspolitik sowie in Bezug auf die Notwendigkeit von Reformen in der Wirtschaft und anderen Bereichen. Dabei können diese Veränderungen nicht als Schritte in Richtung Demokratisierung betrachtet werden. Eher sollten wir von erhöhter Offenheit und Flexibilität des bestehenden autoritären Systems sprechen. Darüber hinaus wächst für NGOs allmählich das Risiko, in eine politische Abhängigkeit vom Regime und dessen Agenda zu geraten.

Insgesamt ist – trotz der beschriebenen Herausforderungen und Risiken – die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Staat und Zivilgesellschaft als positive und sehr wertvolle Erfahrung zu bezeichnen, die die Kompetenzen der NGOs stärkt und ihre Möglichkeiten ein wenig erweitert, die Lage im Land zu verändern und schrittweise Reformen voranzutreiben. Sie dürfte zudem in der belarussischen Gesellschaft einen Konsens zu einer Reihe politischer und wirtschaftlicher Fragen befördern.

Von 2014 bis 2018 hat sich das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft erheblich verändert und, so scheint es, eine neue Balance erreicht. Für die nächsten Jahre ist im Rahmen des neuen Modells mit einer Zusammenarbeit zwischen Staat und NGOs zu rechnen. Gleichzeitig sind keinerlei Voraussetzungen für qualitative Veränderungen im Verhältnis zwischen Staat und NGOs auszumachen. Die Regierung betrachtet eine zu weitreichende Zusammenarbeit mit NGOs weiterhin als potentiell gefährlich hinsichtlich der Aufrechterhaltung politischer Stabilität. Zudem verringern die Fortschritte in den Beziehungen zum Westen und die Rückkehr eines Wirtschaftswachstums im Jahr 2017 die Notwendigkeit, in dieser Richtung weiter voranzuschreiten. Die Strukturen der Zivilgesellschaft wiederum werden sich angesichts der Entpolitisierung und der finanziellen Unsicherheit vor allem auf die Nutzung der entstandenen Instrumente einer Zusammenarbeit konzentrieren, und nicht darauf, neue Mechanismen zu entwickeln und voranzutreiben. Es ist anzunehmen, dass in der näheren Zukunft qualitative Veränderungen im Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft höchstens aufgrund außenpolitischer Schockwellen möglich sind, nicht aber durch die Entwicklung im Lande selbst.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Dr. Andrei Kazakevich ist promovierter Politikwissenschaftler, Direktor des Instituts für politische Studien »Palitytschnaja Sfera« (»Politische Sphäre«) und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Vytautas-Magnus-Universität (Kaunas).

Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite

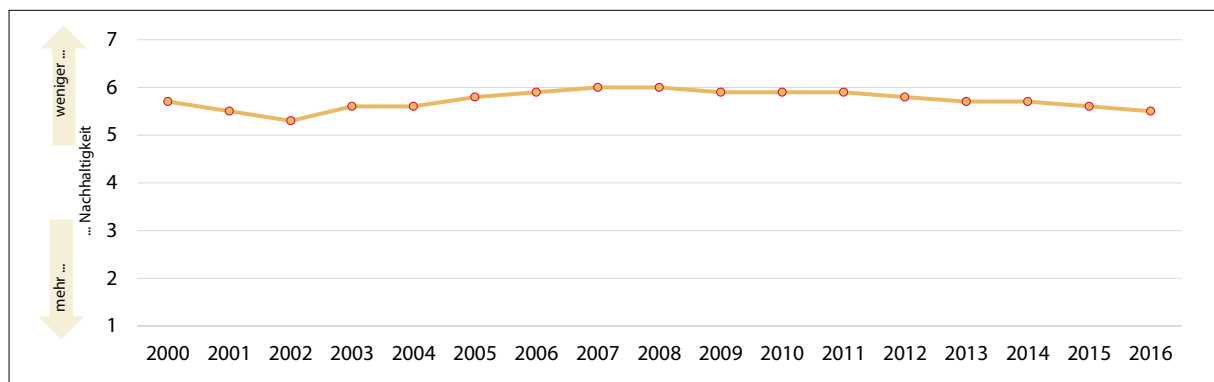
Lesetipps

- Astapenia, Ryhor; Kazakevich, Andrei; Lastouski, Aliaksei; Markusheuski, Dzmitry; Smok, Vadzim: The Government's Reform Attempts and Policy towards Civil Society in Belarus 2016–2017, Review Paper. Warsaw: East European Democratic Center, 2017, https://www.eedc.org.pl/wp-content/uploads/2017/06/ReviewPaper_BIIM2017_Warsaw.pdf
- Civic Literacy in Ukraine, Moldova and Belarus, Report. Kyiv: Kyiv International Institute of Sociology (KIIS), 2017, https://www.pactworld.org/sites/default/files/Civic_Literacy_BY-MD-UA_2017_en.pdf

RANKING

Nachhaltigkeitsindex der Zivilgesellschaft (CSO Sustainability Index), USAID, 2017

Grafik 1: Nachhaltigkeitsindex* der NGOs in Belarus nach Jahren (allgemeine Nachhaltigkeit der NGOs)



* Auf einer Skala von 1 bis 7: Ein niedriger Wert bedeutet eine stärkere Nachhaltigkeit der NGOs.

Quelle: 2016 CSO SUSTAINABILITY INDEX FOR CENTRAL AND EASTERN EUROPE AND EURASIA 20TH EDITION – JULY 2017, SS. 42–51, https://www.usaid.gov/sites/default/files/documents/1866/CSOSI_Report_7-28-17.pdf

Tabelle 1: Nachhaltigkeitsindex* der NGOs in Belarus nach Jahren

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Nachhaltigkeit der NGOs (allgemein)	5,7	5,5	5,3	5,6	5,6	5,8	5,9	6	6	5,9	5,9	5,9	5,8	5,7	5,7	5,6	5,5
spezifische Bereiche:																	
Gesetzgebung	7	7	6,5	6,8	6,9	7	7	7	7	6,9	6,9	6,9	6,8	6,8	6,8	6,7	6,7
Organisationskapazität	5	4,8	4,7	4,8	4,6	4,8	4,9	5	5,1	5,1	5,1	5,1	5,1	5,1	5	4,9	4,7
Finanzielle Lebensfähigkeit	6	6	5,7	6,2	6,2	6,4	6,5	6,6	6,6	6,6	6,6	6,5	6,5	6,4	6,4	6,4	6,3
Advocacy	6	5,5	5,4	5,7	6	6	6	6	6	6	5,9	5,8	5,7	5,5	5,5	5,4	5,3
Dienstleistungen	5	5	4,9	5,1	4,9	5,1	5,4	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,4	5,3	5,3	5,2	5,1
Infrastruktur	5	4,5	4,5	4,8	5	5,3	5,5	5,6	5,5	5,4	5,4	5,4	5,3	5,2	5,2	5,2	5,1
Öffentliches Image	6	5,5	5,2	5,6	5,6	5,8	6	6	6	6	6	5,9	5,9	5,9	5,8	5,7	5,6

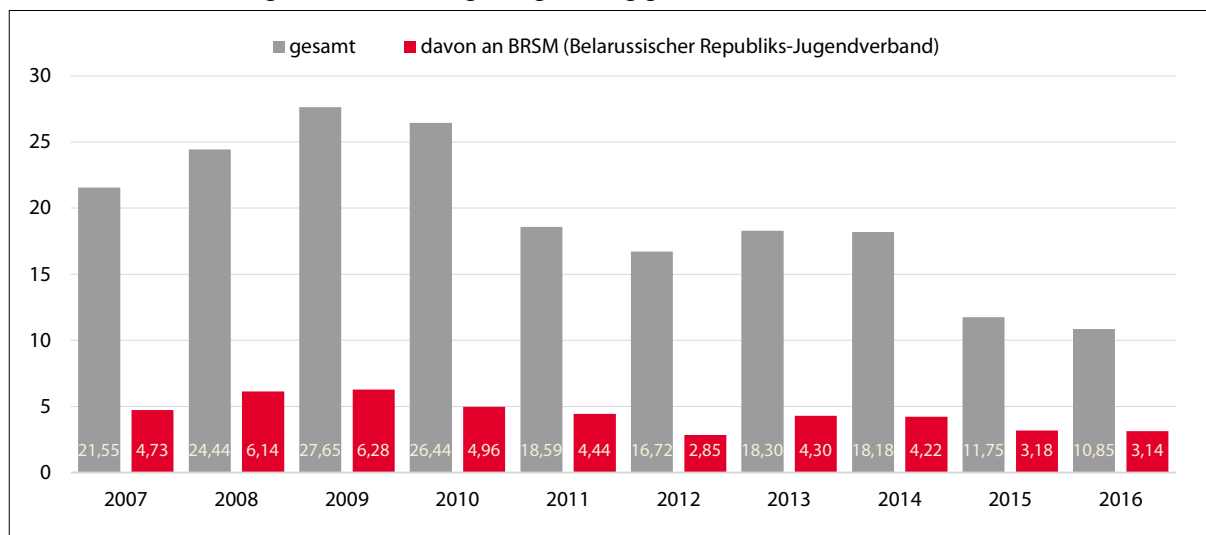
* Auf einer Skala von 1 bis 7: Ein niedriger Wert bedeutet eine stärkere Nachhaltigkeit der NGOs.

Quelle: 2016 CSO SUSTAINABILITY INDEX FOR CENTRAL AND EASTERN EUROPE AND EURASIA 20TH EDITION – JULY 2017, SS. 42–51, https://www.usaid.gov/sites/default/files/documents/1866/CSOSI_Report_7-28-17.pdf

STATISTIK

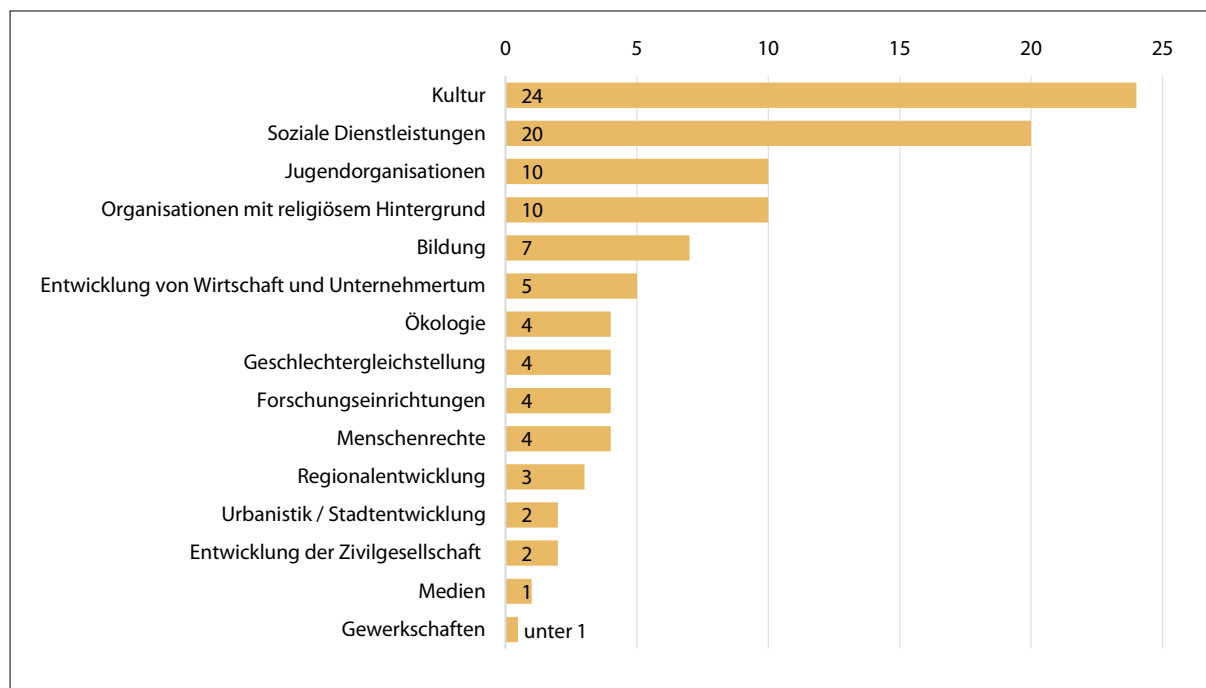
NGOs und GONGOs in Belarus

Grafik 1: Zuwendungen an GONGOs (regierungsabhängige NGOs) aus dem Staatshaushalt (in Mio. US-Dollar)

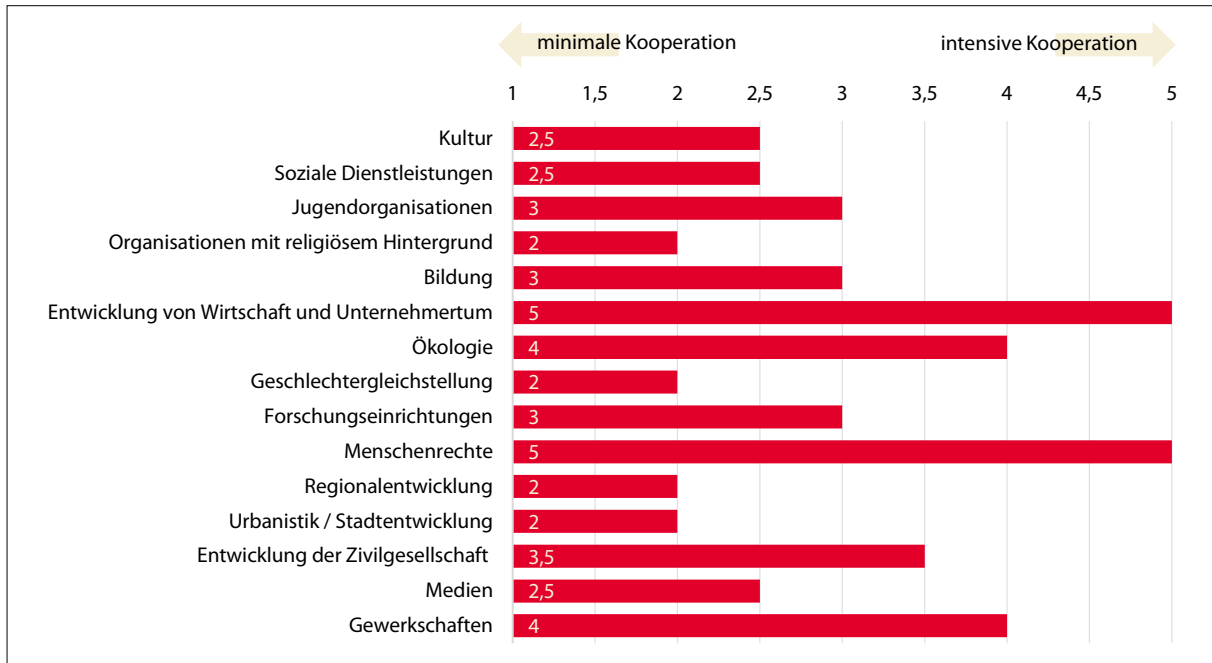


Quelle: The Government's Reform Attempts and Policy towards Civil Society in Belarus 2016–2017, SS. 11–12, https://www.eedc.org.pl/wp-content/uploads/2017/06/ReviewPaper_BIIM2017_Warsaw.pdf

Grafik 2: Darstellung der thematischen Sektoren (nach Anzahl der NGOs) in der Gesamtstruktur der Zivilgesellschaft von Belarus (2018, in %)



Quelle: Graschdankskoje obschtschestwo Belarusi: aktualnoje sostojanije i uslowija raswitija, 2018, S. 13, https://eurobelarus.info/files/userfiles/5/DOC/2018_Civil-Society-Belarus-RU.pdf

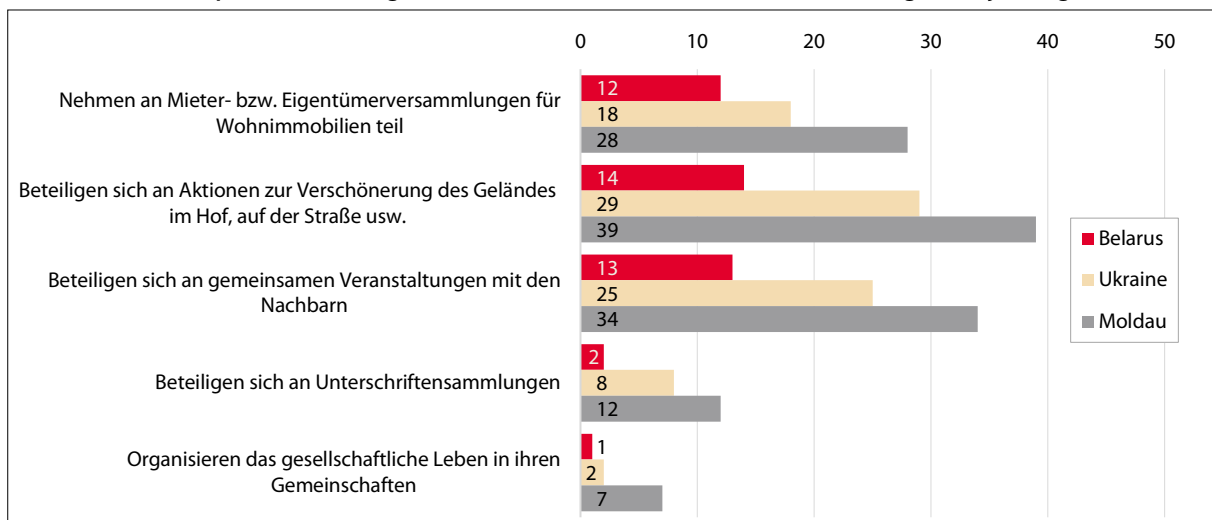
Grafik 3: Ausmaß der Zusammenarbeit untereinander nach Themenschwerpunkt der NGOs (2018, in Punkten)*

* 1 (minimale Kooperation) bis 5 (intensive Kooperation)

Quelle: *Graschdanskaje obschtschestwo Belarusi: aktualnoje sostojanije i uslowija raswitija*, 2018, S. 21, <https://eurobelarus.info/files/userfiles/5/DOC/2018_Civil-Society-Belarus-RU.pdf>

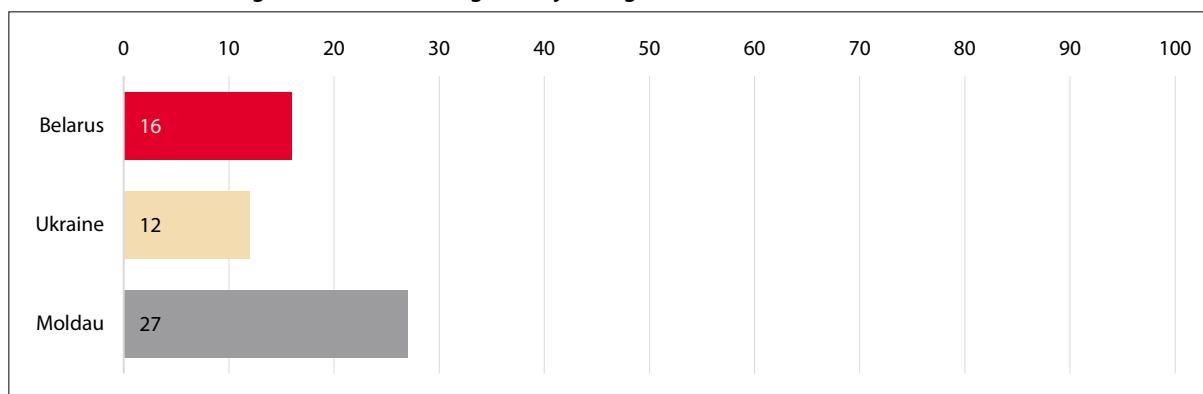
UMFRAGE

Bevölkerung und NGOs in Belarus (im Vergleich mit der Ukraine und Moldau)

Grafik 1: Partizipationserfahrung in der lokalen Gemeinschaft (2016, % aller Befragten im jeweiligen Land)

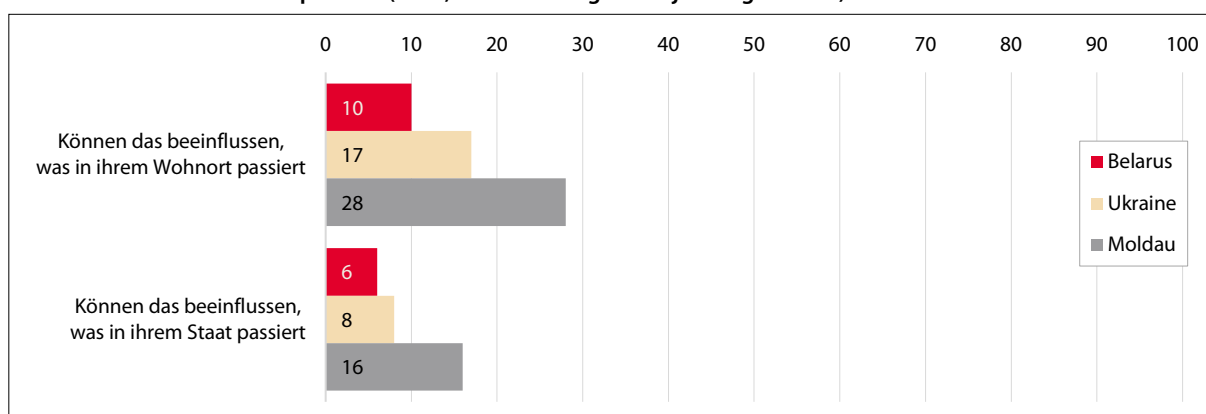
Quelle: *Graschdanstwenost w Ukraine, Moldowe i Belarusi*, 2017, S. 36, <https://www.pactworld.org/sites/default/files/Civic_Literacy_BY-MD-UA_2017_ru.pdf>

Grafik 2: Grad der Beteiligung an Veranstaltungen oder Aktionen von internationaler / regionaler / globaler Bedeutung (2016, % aller Befragten im jeweiligen Land)



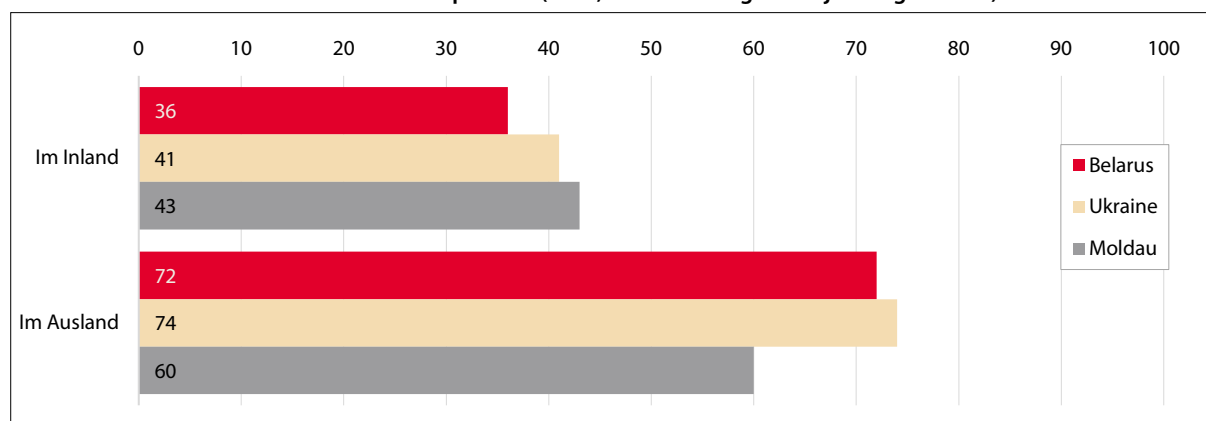
Quelle: *Graschdanstvennost w Ukraine, Moldowe i Belarusi, 2017, S. 40*, <https://www.pactworld.org/sites/default/files/Civic_Literacy_BY-MD-UA_2017_ru.pdf>

Grafik 3: Anteil der Bürger, die glauben, sie können stark oder vollständig das beeinflussen, was in ihrem Wohnort oder Staat passiert (2016, % aller Befragten im jeweiligen Land)



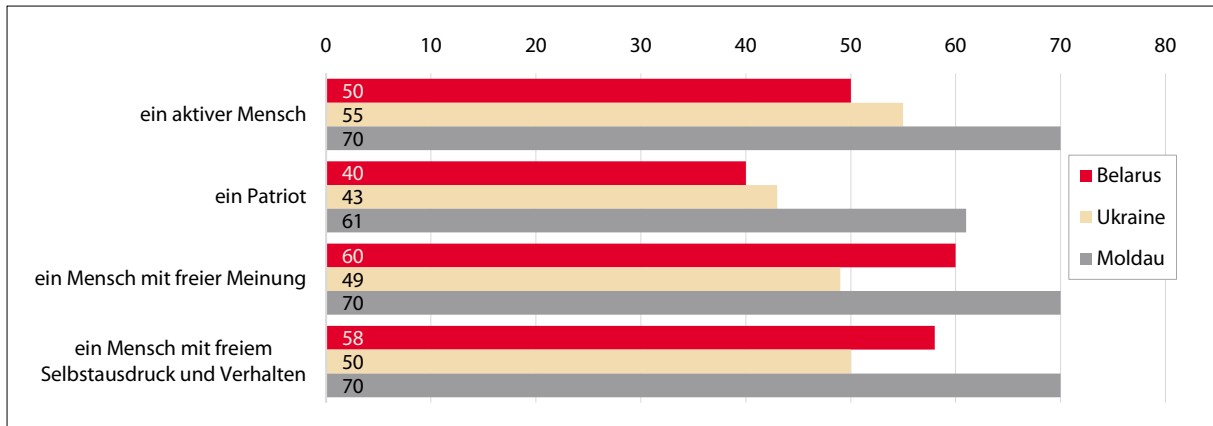
Quelle: *Graschdanstvennost w Ukraine, Moldowe i Belarusi, 2017, S. 42*, <https://www.pactworld.org/sites/default/files/Civic_Literacy_BY-MD-UA_2017_ru.pdf>

Grafik 4: Anteil der Bürger, die glauben, dass ihr tägliches Verhalten keinen Einfluss darauf haben kann, was in ihrem Land oder im Ausland passiert (2016, % aller Befragten im jeweiligen Land)



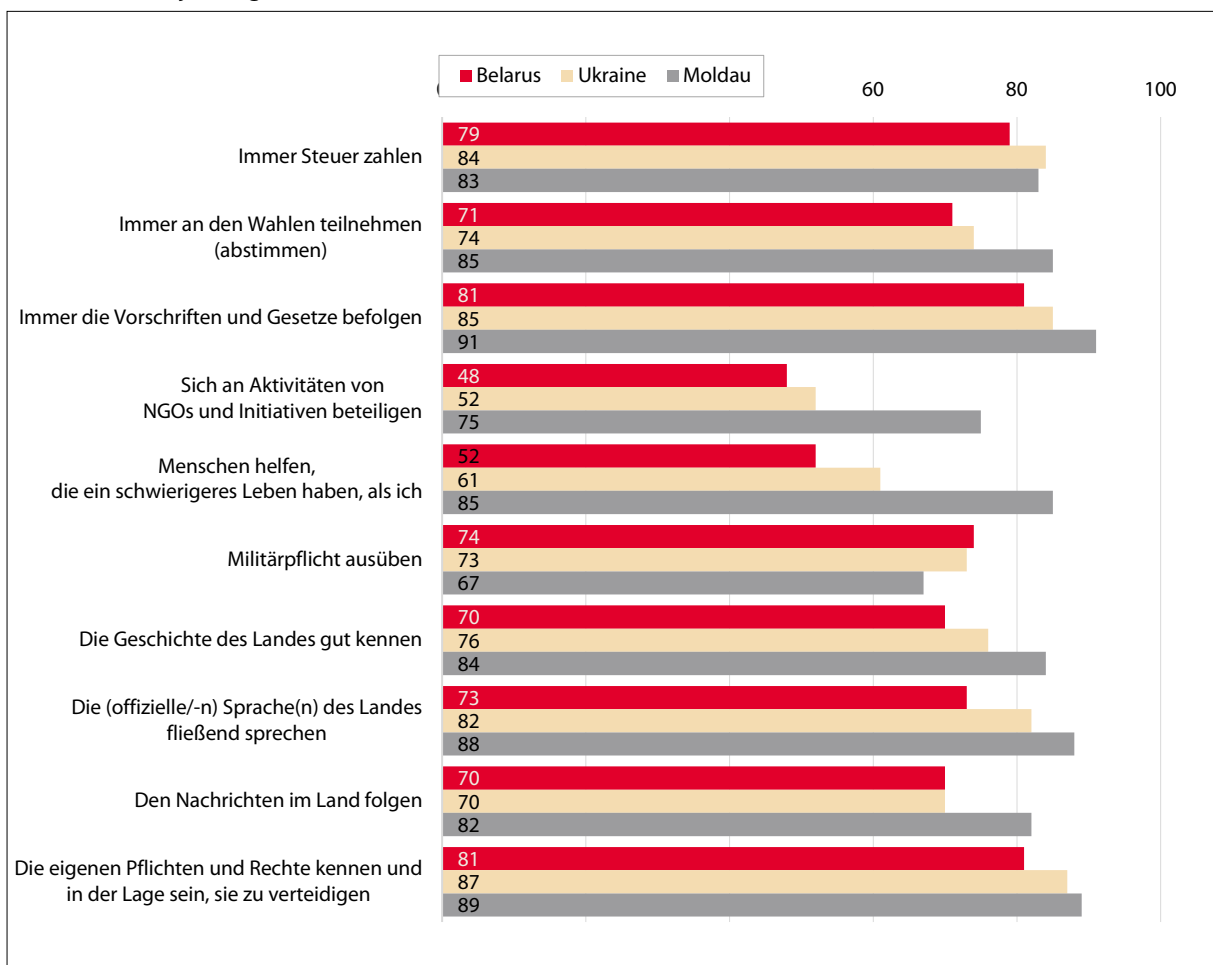
Quelle: *Graschdanstvennost w Ukraine, Moldowe i Belarusi, 2017, S. 43*, <https://www.pactworld.org/sites/default/files/Civic_Literacy_BY-MD-UA_2017_ru.pdf>

Grafik 5: Anteil der Bürger, die glauben, es sei in ihrem Land heute schwierig ... zu sein (2016, % aller Befragten im jeweiligen Land)



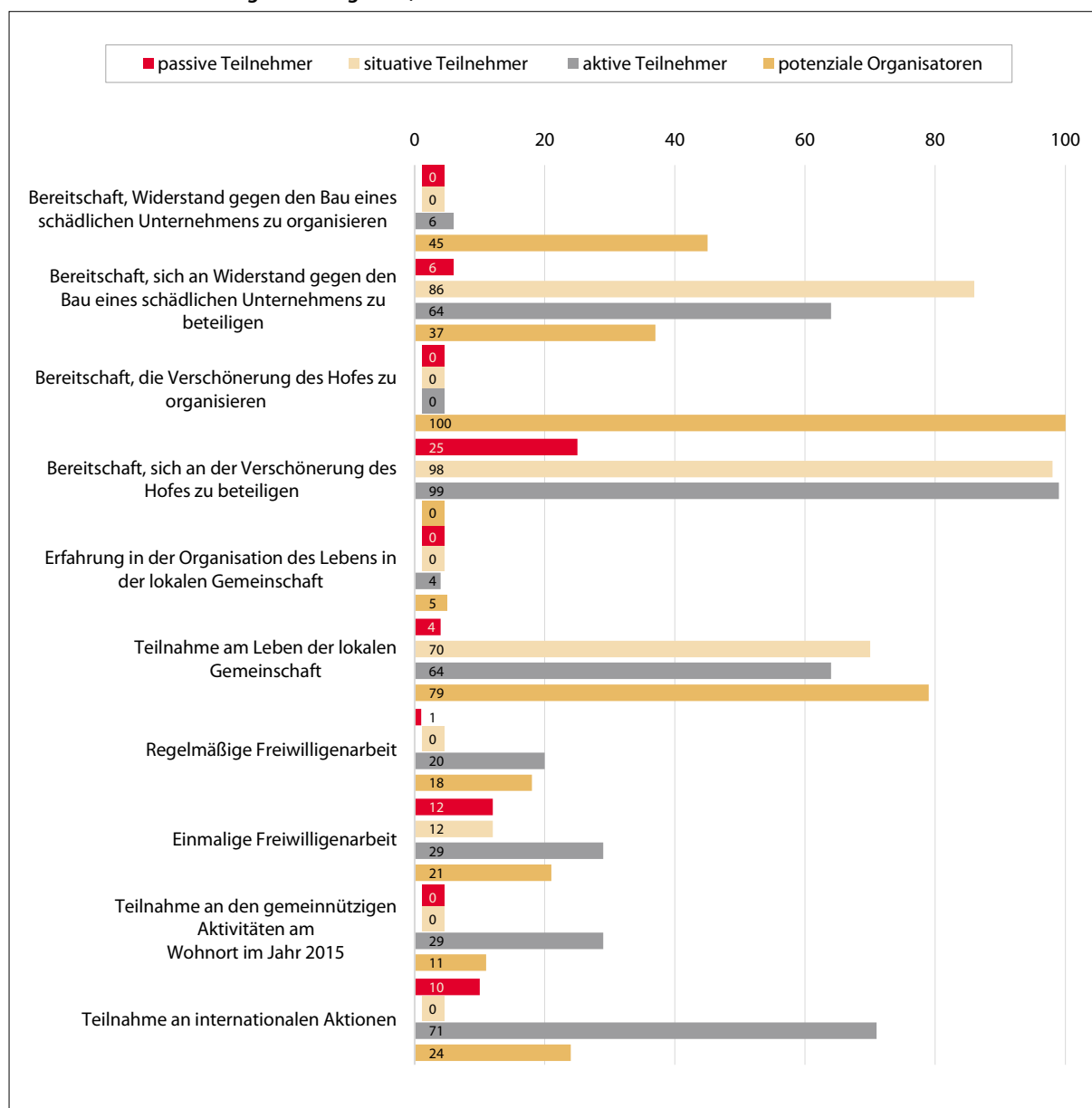
Quelle: *Graschdanstvennost w Ukraine, Moldowe i Belarusi, 2017, S. 44*, <https://www.pactworld.org/sites/default/files/Civic_Literacy_BY-MD-UA_2017_ru.pdf>

Grafik 6: Bewertung der Wichtigkeit der Merkmale eines »guten Bürgers seines Landes« (2016, % aller Befragten im jeweiligen Land)



Quelle: *Graschdanstvennost w Ukraine, Moldowe i Belarusi, 2017, S. 66*, <https://www.pactworld.org/sites/default/files/Civic_Literacy_BY-MD-UA_2017_ru.pdf>

Grafik 7: Vorherrschen verschiedener Formen zivilgesellschaftlicher Aktivität nach Segmenten in Belarus (2016, % der Befragten im Segment)



Quelle: *Graschdanstvennost w Ukraine, Moldowe i Belarusi, 2017*, S. 57, <https://www.pactworld.org/sites/default/files/Civic_Literacy_BY-MD-UA_2017_ru.pdf>

CHRONIK

24. September – 30. November 2018

25.09.2018	Michail Babitsch, der neue Botschafter der Russischen Föderation in Belarus, der auch zum Sonderbeauftragten des russischen Präsidenten für die handelswirtschaftliche Zusammenarbeit ernannt wurde, überreicht das Beglaubigungsschreiben an den belarussischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka.
27.09.2018	Eine kanadische Delegation, geleitet vom von der Leiterin der Abteilung Europa, Mittlerer Osten und Maghreb-Staaten im Außenministerium, Stephanie Beck, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf. Es handelt sich um den ersten Besuch aus Kanada auf hoher Ebene. Am gleichen Tag findet das Belarussisch-Kanadische Wirtschaftsforum statt.
27.– 28.09.2018	Präsident Aljaksandr Lukaschenka nimmt am GUS-Gipfeltreffen in Duschambe teil. In der GUS gebe es momentan keine gemeinsame Vision der Entwicklung der Organisation, so Lukaschenka. Der belarussische Präsident spricht sich für eine tiefere Zusammenarbeit zwischen der GUS und der EAWU aus.
01.– 04.10.2018	Der belarussische Außenminister Uladsimir Makej nimmt an der 73. Tagung der UN-Generalversammlung in New York teil und trifft sich u. a. mit dem UN-Generalsekretär António Guterres und dem Vorsitzenden der 73. Tagung der UN-Generalversammlung, María Fernanda Espinoza.
30.09.2018	Anaïs Marin wird zur Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen zur Menschenrechtslage in Belarus ernannt. Die Entscheidung tritt ab dem 1. November in Kraft. Die belarussischen Behörden erkennen das Mandat des UN-Sonderberichterstatters für Menschenrechte in Belarus nicht an. Die Position des belarussischen Außenministeriums habe sich nicht verändert, erklärt Anatol Hlas, der Pressesprecher des Außenministeriums, am folgenden Tag.
02.10.2018	Belarus soll die Verhandlungen über ein Abkommen über die Prioritäten der Partnerschaft für 2018–2020 mit der Europäischen Union bis Ende 2018 abschließen, so der Stellvertretende Außenminister von Belarus, Aleh Krautschanka.
02.10.2018	In Minsk findet erneut eine Sitzung der trilateralen Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine statt.
04.10.2018	Das EU-Parlament verabschiedet eine Resolution über die Situation der Pressefreiheit in Belarus. Laut der Resolution verschlechtere sich die Lage der Medienfreiheit in Belarus weiterhin, was durch »ernsthafte Verfolgungen unabhängiger Nachrichtenportale und Journalisten« in den Jahren 2017–2018 deutlich werde. Die letzten Gesetzesveränderungen vom Juni 2018 werden ebenfalls verurteilt, da sie der Resolution zufolge die staatliche Kontrolle über das Internet verstärkten.
05.10.2018	Der Pressesprecher des belarussischen Außenministeriums, Anatol Hlas, bezeichnet die am 4. Oktober verabschiedete Resolution des EU-Parlaments zur Pressefreiheit in Belarus als »eine weitere Sammlung von Klischees, die keine objektive Realität berücksichtigen«.
05.– 10.10.2018	In Belarus wird eine »Woche gegen die Todesstrafe« mit mehreren thematischen Veranstaltungen und Konzerten durchgeführt. Belarus ist der einzige Staat in Europa, in dem die Todesstrafe angewendet wird. In den letzten 20 Jahren wurden über 400 Menschen in Belarus zum Tode verurteilt.
08.10.2018	Der belarussische Außenminister von Belarus Uladsimir Makej trifft sich mit Wladimir Woronkow, dem Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen und Leiter des UN-Büros für Terrorismusbekämpfung, der vom 9.–10. Oktober an der internationalen Konferenz »Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus im digitalen Zeitalter« in Minsk teilnimmt.
08.– 09.10.2018	In Genf finden die Anhörungen zu Belarus auf der 124. Tagung des UN-Menschenrechtsrates (8. Oktober–2. November) statt. Zum ersten Mal in den letzten 20 Jahren hat Belarus einen Bericht über die Umsetzung des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte vorgelegt. Neben der offiziellen Delegation nehmen an den Anhörungen Menschenrechtler aus Belarus teil, die einen alternativen Bericht zu Belarus vorstellen.
09.10.2018	Der Ständige Vertreter von Belarus bei den Vereinten Nationen in Genf, Jurij Ambrasewitsch, kündigt auf der 124. Tagung des UN-Menschenrechtsrates an, Belarus sei noch nicht bereit, die Todesstrafe abzuschaffen. Der Grund dafür sei die öffentliche Meinung in Belarus.
09.– 10.10.2018	Der Generalsekretär der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Thomas Greminger, hält sich zu einem Besuch in Minsk auf, um an der internationalen Konferenz »Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus im digitalen Zeitalter« (9.–10. Oktober) teilzunehmen. Er trifft sich u. a. mit dem belarussischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka sowie mit Außenminister Uladsimir Makej. In einem Interview für den belarussischen TV-Sender »Belarus 1« äußert Greminger die Ansicht, Belarus helfe, Brücken des Vertrauens und der gegenseitigen Verständigung in Europa zu schlagen.

10.10.2018	Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses der Nationalversammlung von Belarus, Waleryj Waranezki, sowie der Vorsitzende des Menschenrechtszentrums »Wjasna« Waljantin Stefanowitsch nehmen an der Sitzung des Ausschusses für Recht und Menschenrechte der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg teil. Stefanowitsch ruft die belarussischen Behörden zur Einführung eines Moratoriums auf die Todesstrafe auf.
10.– 12.10.2018	Das 5. Forum der Regionen von Russland und Belarus findet im belarussischen Mahiljou statt. Daran nehmen die Staatsschefs beider Länder teil. Auf dem Forum werden 76 regionale Vereinbarungen unterzeichnet.
11.10.2018	In Brüssel findet die 5. Verhandlungsrunde zu einem Abkommen über Visaerleichterungen und Rückübernahme zwischen der EU und Belarus statt.
12.10.2018	Im belarussischen Außenministerium findet eine weitere Runde des Menschenrechtsdialogs zwischen Belarus und den USA statt. An der Spitze der US-Delegation steht Michael Kozak ehemaliger Botschafter und leitender Beamter des Büros für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit im US-amerikanischen Außenministerium. Von belarussischer Seite nehmen am Dialog u. a. Vertreter mehrerer Ministerien, des Repräsentantenhauses der Nationalversammlung von Belarus sowie der Zentralen Wahlkommission teil.
15.10.2018	Der belarussische Außenminister Uladsimir Makej nimmt am Treffen der Außenminister der EU-Staaten und der Mitgliedsstaaten der Östlichen Partnerschaft in Luxemburg teil und trifft sich u. a. mit dem Europäischen Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn. Besprochen werden dabei vor allem die Aussichten auf die baldige Unterzeichnung der Partnerschaftsprioritäten zwischen Belarus und der EU.
16.10.2018	In Minsk findet eine weitere Sitzung der trilateralen Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine statt.
19.10.2018	Der Unterabteilungsleiter für europäische und eurasische Angelegenheiten des US-Außenministeriums, Wess Mitchell, kündigt an, dass die nationale Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine, Georgiens und von Belarus »eine zuverlässige Bastion gegen den russischen Neoimperialismus sei«. Die USA seien an partnerschaftlichen Beziehungen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas interessiert.
24.10.2018	Die USA verlängern die Aussetzung von Sanktionen gegen neun belarussische Unternehmen um ein Jahr bis zum 25. Oktober 2019. Die Sanktionen waren 2006 im Zusammenhang mit der Verletzung der Menschenrechte in Belarus eingeführt worden. Die Aussetzung war am 29. Oktober 2015 erfolgt und zuletzt im Oktober 2017 verlängert worden.
25.10.2018	Der Pressesprecher des belarussischen Außenministeriums Anatol Hlas begrüßt die am 24. Oktober 2018 erfolgte Verlängerung der Aussetzung der US-Sanktionen gegen neun belarussische Unternehmen. Belarus werde allerdings die vollständige Abschaffung der US-Sanktionen gegen belarussische Unternehmen anstreben, so Hlas.
25.– 26.10.2018	In Homel findet das erste Forum der Regionen von Belarus und der Ukraine statt. Daran nehmen die Staatsschefs beider Länder teil. Auf dem Forum werden u. a. die Vereinbarung über die Rückübernahme zwischen Belarus und der Ukraine sowie eine Reihe von Verträgen über die Summe von ca. 100 Mio. US-Dollar unterzeichnet.
29.10.2018	Vor dem Gebäude des Komitees für Staatssicherheit (KGB) in Minsk findet eine Aktion zum Gedenken an die Opfer der stalinistischen Repressionen statt. Die Aktion wurde von Mikalaj Statkewitsch – 2010 Präsidentschaftskandidat, von 2010 bis 2015 inhaftiert und von der EU als politischer Gefangener anerkannt – organisiert. An der Aktion nehmen ca. 20 Menschen teil.
29.10.2018	Eine Delegation des Europäischen Parlaments unter der Leitung des Vorsitzenden der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Belarus, Bogdan Zdrojewski, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf. Es werden u. a. Treffen im Außenministerium, in der zentralen Wahlkommission sowie im Repräsentantenhaus der Nationalversammlung abgehalten.
30.10.2018	Präsident Aljaksandr Lukaschenka trifft sich in Minsk zu bilateralen Gesprächen mit dem ehemaligen armenischen Präsidenten Serzh Sargsjan. Dabei werden u. a. die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern besprochen sowie die jüngsten politischen Entwicklungen in Armenien.
31.10.2018	Präsident Aljaksandr Lukaschenka trifft sich in Minsk mit dem Unterabteilungsleiter für europäische und eurasische Angelegenheiten des US-Außenministeriums, Wess Mitchell. Belarus hoffe auf die Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und Belarus, so Lukaschenka.

31.10.– 01.11.2018	In Minsk findet das <i>Core Group Meeting</i> der Münchner Sicherheitskonferenz statt. Am Treffen nehmen europäische Führungskräfte, darunter der EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen Johannes Hahn, Politiker, Vertreter internationaler Organisationen, der akademischen Gemeinschaft sowie Experten teil. Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka nimmt an der Eröffnung der Konferenz teil. Lukaschenka spricht erneut über die von ihm auf der Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Minsk 2017 vorgeschlagene Idee eines neuen Helsinki-Prozesses (»Helsinki II«). Die Lösung des Konflikts in der Ukraine sei entscheidend für die Sicherheit in Europa, so der belarussische Präsident. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen sei eine Grundlage für die demokratische Entwicklung im Belarus, meinte Lukaschenka.
04.11.2018	Aljaksandr Lukaschenka fordert Polen dazu auf, auf die angeblich geplanten Militärstützpunkte der USA auf dem polnischen Territorium zu verzichten, ansonsten werde Belarus zusammen mit Russland entsprechend reagieren müssen.
05.– 06.11.2018	In Belarus findet zum sechsten Mal die jährliche Konferenz »Oktober-Wirtschaftsforum« statt. Diskussions-themen sind u. a. die Entwicklung des IT-Sektors, des Wettbewerbs und der Wettbewerbsfähigkeit sowie die Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung und potenzielle Reformen.
05.– 06.11.2018	Eine Delegation von Vertretern der US-amerikanischen Think Tanks besucht Belarus und nimmt an der Konferenz »Belarussisch-amerikanische Beziehungen im regionalen Kontext« teil. Zur Delegation gehören u. a. der Experte des »Center for European Policy Analysis« (CEPA), Ben Hodges, der leitende Direktor des »Penn Biden Center for Diplomacy and Global Engagement«, Michael Carpenter sowie der Präsident der »Jamestown Foundation«, Glen Howard. Die Experten treffen sich mit dem belarussischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka und dem Außenminister Uladsimir Makej.
05.– 15.11.2018	Die Überprüfungsmission des Internationalen Währungsfonds mit dem Leiter der IWF-Mission in Belarus, Jacques Miniane, hält sich zu einem Besuch in Belarus auf. Der derzeitige Kurs der Geldpolitik der Nationalbank von Belarus sei insgesamt richtig, so Miniane.
6.11.2018	Die »Bewegung ‚Für die Freiheit‘ « aus Belarus erhält einen Beobachterstatus bei der Europäischen Volkspartei.
07.11.2018	An der offiziellen Feier zur Erinnerung an die Oktoberrevolution nehmen in Minsk über tausend Menschen teil.
08.11.2018	Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka nimmt in Astana an der Sitzung des Rats für Kollektive Sicherheit der Organisation des Vertrags für Kollektive Sicherheit (OVKS) teil.
19.11.2018	Der Präsident von Aserbaidshan, Ilham Alijew, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf und trifft sich mit seinem belarussischen Amtskollegen Aljaksandr Lukaschenka. Gesprächsthemen sind dabei u. a. die Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Investitionen.
20.– 21.11.2018	Der russische Außenminister Sergej Lawrow nimmt in Minsk am gemeinsamen Treffen der Kollegien der Außenministerien von Belarus und Russland teil. Diskussionsthemen sind u. a. die Zusammenarbeit bei der Integration im Rahmen der Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) und der Organisation des Vertrages für kollektive Sicherheit (OVKS), eine einheitliche Geschichtspolitik in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg und der Kampf gegen eine »Fälschung der Geschichte« sowie die Informationssicherheit.
21.11.2018	Präsident Aljaksandr Lukaschenka trifft sich in Minsk mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Investitionsbank, Alexander Stubb. Am 20. November unterzeichnete die EIB die ersten Darlehensverträge für Belarus über 160 Mio. Euro, unter anderem für die Unterstützung von Kleinen und mittleren Unternehmen in Belarus.
22.11.2018	In Minsk findet eine weitere Sitzung der trilateralen Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine statt.
22.– 24.11.2018	In Minsk findet das 16. »Minsk Forum« statt. An der jährlichen internationalen Konferenz nehmen über 300 Politiker, Diplomaten, Experten, Vertreter von Unternehmen und NRO aus Belarus, Deutschland und anderen EU-Staaten teil. Am Forum nehmen u. a. der Stellvertretende Außenminister der Republik Belarus, Aleh Krautschanka, der deutsche Bundestagsabgeordnete und Koordinator der Bundesregierung für die zwischen-gesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft, Dirk Wiese, der Beauftragte für Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien im Auswärtigen Amt, Botschafter Michael Siebert sowie der Direktor für Osteuropa und Beauftragter für die Östliche Partnerschaft im Außenministerium der Republik Polen, Botschafter Jan Hofmohl, am »Minsk Forum« teil.
22.11.2018	Aleh Krautschanka, Stellvertretender Außenminister der Republik Belarus, betont bei der Eröffnung des »Minsk Forum XVI«, dass die Umsetzung der Östlichen Partnerschaft für die Bürger der Partnerländer und der Länder der EU eine unmittelbare Nutzung mit sich bringen sollen. Er gibt auch bekannt, dass Belarus nicht auf eine Mitgliedschaft oder eine Anwartschaft auf eine EU-Mitgliedschaft abziele.

22.11.2018	Peter Dettmar, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Belarus, erklärt auf dem 16. »Minsk Forum«, dass das Vertrauen zwischen Belarus und Deutschland in verschiedenen Bereichen im letzten Jahr deutlich gewachsen sei.
22.– 25.11.2018	In Berlin und Wittenberg findet die 10. Konferenz der Partnerstädte von Belarus und Deutschland statt. Daran nehmen über 120 Vertreter von Stadtverwaltungen, Kommunen, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Medien aus 33 Städten in Belarus und Deutschland teil. Auf der Konferenz wird auch ein Jugendforum der Partnerstädte von Belarus und Deutschland veranstaltet.
27.11.2018	In Minsk findet die Sitzung des Eurasischen Zwischenstaatlichen Rates statt. Die Regierungschefs treffen sich am gleichen Tag mit dem belarussischen Präsidenten. Der belarussische Präsident Lukaschenka erklärt, ein Schlüsselement der Eurasischen Wirtschaftsunion sei die Schaffung gemeinsamer Energiemärkte.
28.11.2018	Der Sprecher des Generalsekretärs des Europarates, Daniel Holtgen, ruft Belarus dazu auf, ein Moratorium auf die Todesstrafe in Belarus einzuführen. Der Europäische Auswärtige Dienst verbreitet am gleichen Tag eine ähnliche Erklärung. Am 27. und 28. November waren belarussische Menschenrechtsaktivisten über die Hinrichtung von Sjamjen Berazhny und Ihar Herschankou informiert worden.
29.11.2018	In der Erklärung zu den Ergebnissen der IWF-Mission in Minsk vom 5.–15. November werden die belarussischen Behörden zu in stärkerem Maße durchgreifenden Reformen aufgefordert, um das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen.
29.11.2018	Die Parlamentarische Versammlung des Europarates verurteilt die Vollstreckung von zwei Todesstrafen in Belarus, die Ende November bekannt wurden.
29.11.2018	In einer Erklärung der belarussischen Delegation auf der Sitzung des Ständigen Rates der OSZE ruft Belarus zur schnellstmöglichen friedlichen Lösung der »Kertsch-Krise« zwischen der Ukraine und Russland auf, die durch die bewaffnete Festsetzung von drei ukrainischen Schiffen durch die russische Küstenwache in der Straße von Kertsch am 25. November ausgelöst wurde.

Zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen der Nachrichten-Agenturen BelaPAN und BelTa sowie des Nachrichtenportals naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
Dr. Maria Davydchik, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin
Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Dr. Astrid Sahm, IBB Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

